

„Es ist unvorstellbar, dass die Gesellschaft dazu schweigt“

Informationsveranstaltung zu Zwangsprostitution in Koblenz und Umgebung

„Menschenhandel und Zwangsprostitution in Koblenz und Umgebung“ war eine Veranstaltung von SOLWODI, dem Polizeipräsidium Koblenz und der Fachkonferenz Frauen im Dekanat Koblenz am 14. Mai in der Citykirche am Jesuitenplatz überschrieben. Initiatorin war Sr. Dagmar Plum, die für SOLWODI im vergangenen Jahr an einer Razzia in Neuwied teilgenommen hatte. Dort wurde eine 16jährige Rumänin aufgegriffen, die illegal eingeschleust und sexuell ausgebeutet worden war. Moderatorin Andrea Grunau fragte die rund 100 Frauen und Männern im Publikum: „Ist Prostitution ein Gewerbe wie jedes andere? Können Sie sich diesen Job für Ihre Mutter, Schwester, Ehefrau vorstellen?“ „Prostitution als Dienstleistung“ sollte das Prostitutionsgesetz von 2002 regeln und die rechtliche und soziale Situation der Frauen verbessern, indem sie sich regulär versichern können. Der Bericht der Bundesregierung sehe dieses Ziel jedoch nicht erreicht. Stattdessen öffne das Gesetz den Zuhältern neue Möglichkeiten als Arbeitgeber und erschwere den Zugang zu den betroffenen Frauen.

Lothar Wecker, Leiter der Arbeitsgruppe „Menschenhandel“ bei der Kriminaldirektion Koblenz, erläuterte das Delikt „Menschenhandel“, wies Zusammenhänge zu anderen Verbrechen auf und schilderte die Schwierigkeiten bei den Ermittlungen. „Viele Frauen identifizieren sich mit ihrer Situation, da ist der Aussagewille sehr gering“. Es gebe kaum Anzeigen. Dabei mache seiner Erfahrung nach kaum eine Frau diesen „Job“ freiwillig. Wie schwer es geworden sei, die Täter zu fassen, zeigte Margot Brenk, Leiterin des Kommissariates „Gewalt gegen Frauen und Kinder, Sexualdelikte“ an Fallbeispielen. Sie appellierte an das Publikum: „Seien Sie unsere Augen und Ohren!“

Sr. Dr. Lea Ackermann, Gründerin von SOLWODI (SOlidity with WOmen in DIstress=Solidarität mit Frauen in Not) schilderte die Arbeit der Hilfsorganisation. Ihre Mitarbeiterinnen arbeiteten häufig mit der Polizei zusammen und bekämen so Zugang zu den ausgebeuteten Frauen. Sie kümmerten sich dann um sie, brächten sie in Schutzhäuser, besorgten ihnen Rechtsbeistand und zeigten ihnen Perspektiven auf. Dieses Kooperationskonzept mit der Polizei werde derzeit überarbeitet. Sie wünsche sich, dass es zukünftig nicht mehr nur willkürlich, sondern regelmäßig angewandt werde. Sie forderte: „Frauen, die gegen Zuhälter und Bordellbesitzer aussagen, sollten in Deutschland bleiben dürfen!“ Auch sie wandte sich gegen den „Mythos der Freiwilligkeit“. Fast immer hätten Prostituierte eine Geschichte der Brutalität und sexuellen Ausbeutung in Kindheit oder Jugend, oft in der eigenen Familie.

Inge Hauschildt-Schön, Sprecherin der Bürgerinitiativen gegen Bordelle, berichtete von ihrem Kampf gegen ein Bordell in Marburg. Sie klagte an, dass Prostitution gesellschaftlich akzeptiert sei. Dabei würden die Forderungen an die Frauen immer brutaler und perverser. Die von ihr aufgezeigten Beispiele verursachten beim Publikum Entsetzen. Sie sagte: „Es ist unvorstellbar, dass die Gesellschaft dazu schweigt.“

